

# blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 6, 25. März 1998

# rechts

## Einblicke

### Mit neuen Augen

Von Helmut Lölhöfel

**B**esorgte Blicke richteten sich auf Lübeck. Bei den Kommunalwahlen war das „Bündnis Rechts“ angetreten. Ausgerechnet in der Stadt, aus der Thomas Mann, Willy Brandt und Julius Leber stammen, versuchte ein Sammelbecken rechtsextremer Strömungen mit bundesweit bekannten Drahtziehern an der Spitze ins Stadtparlament einzuziehen. Der Versuch mißlang. Das Rechts-Bündnis scheiterte. Die Schande wurde von Lübeck abgewendet. Auch sonst gab es bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein keine besonderen Erfolge für Rechtsextreme.

Sicherlich ist das ein Ergebnis von Aufklärung. Doch weder zum Ausruhen noch zum Wegschauen gibt es Grund. Die rechte Szene ist aktiv und in Bewegung. Nach aller Erfahrung erstarkt sie nach Phasen nachlassender öffentlicher Aufmerksamkeit manchmal plötzlich wieder.

Wir werden ohne Rücksicht auf Wahlrends und Meinungs- willen unsere Aufklärungsarbeit fortsetzen. Obwohl wir wissen, daß in einer Medienwelt, die nach Einschaltquoten schießt und auf Rekordauflagen setzt, ein anspruchsvoller Informationsdienst wie dieser nur schwer Aufmerksamkeit findet. Ein Kollege vom Privatfernsehen sagte mir neulich: „Bei uns kommt man nur ins Programm, wenn ein korrupter Politiker, ein Kinderschänder, ein totes Tier oder eine mindestens drei Meter fünfzig hohe Stichflamme dabei ist.“ Das war karikaturhaft übertrieben, aber dennoch kennzeichnend für die Fixierung auf Spektakel und Klatsch.

So bleibt der bedrückende Alltag oft unterbelichtet oder unbeachtet. Dazu gehört der alltägliche Rechtsextremismus und Rassismus in unserem Land. Um ihn nicht aus den Augen zu verlieren, richten wir den Blick nach rechts. Den Titel, der manchen mißverständlich vorkommt, behalten wir, weil er eine eindeutige Aussage enthält. Das Äußere des Blattes wird verändert, ohne das bewährte inhaltliche Konzept zu verlassen.

### Benachteiligte Opfer

Eine halbe Million Sinti und Roma sind vermutlich dem NS-Völkermord zum Opfer gefallen. Kranke Überlebende erhalten bis heute keine Rente. **Seite 2 ■**

### Gewalt im Osten

In den neuen Bundesländern liegt die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten dreimal höher als im Westen - Sozialforscher spricht von „völkischer Stimmung“. **Seite 4 ■**

### Brauner Rechtsbeistand

Die rechtsextremistische Szene will Nachwuchsjuristen für den Eigenbedarf heranbilden. **Seite 5 ■**

### Werbung für Ultrarechte

Berliner CDU-Funktionäre sehen im rechtslastigen „Bund Freier Bürger“ einen potentiellen neuen Koalitionspartner. **Seite 6 ■**

### Erfolg für Le Pen-Partei

Die bürgerliche Rechte in Frankreich gerät durch den Aufwärtstrend des rechtsextremen Front National unter erheblichen Zugzwang. **Seite 10 ■**

### Meldungen

**Seite 14 ■**

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information  
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel  
Redaktion: Gabriele Nandlinger

## Gastbeitrag

**Aktiv gegensteuern***Von Inge Wettig-Danielmeier, MdB*

118.730 Menschen haben bei der Landtagswahl in Niedersachsen den Rechtsextremen ihre Stimmen gegeben. Zwar kamen sie nicht ins Landesparlament (gegenüber 1994 verloren sie rund 40.000 Stimmen), aber an den Wahlergebnissen ist ablesbar, daß die „Republikaner“ nach wie vor über eine beträchtliche Zahl von Anhängern verfügen. In einzelnen Regionen und Städten wie Wilhelmshaven erzielten sie Ergebnisse, die bestürzend sind.

Immer aufs neue müssen wir die selbstkritische Frage stellen, ob wir in den demokratischen Parteien, Parlamenten und Institutionen genug tun, um aktiv gegen die akut andauernde Gefahr von rechts anzugehen. Auch Erziehung, Bildung und Medien haben zu prüfen, was versäumt wurde. Und während wir uns darüber Gedanken machen, werden wir ständig von neuen Nachrichten über rechtsextreme Ausschreitungen überrollt. Die Bundeswehr ist keine braune Armee. Aber wir müssen sie gegen das Einsickern rechtsextremen Gedankenguts immun machen. Darum dürfen wir keine Informationen verstecken und nichts verniedli-

chen. Jeder Einzelfall ist ein schlimmer Fall. Daß Männergesellschaften wie das Militär für ruppige Töne anfällig sind und in geselligen Runden autoritäre Sprüche geklopft werden, darf nicht als Nebensächlichkeits heruntergespielt werden. Entgleisungen dieser Art und Spott über Minderheiten sind oft der Keim für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Hier lauern die Gefahren, auf die der „blick nach rechts“ seit 15 Jahren aufmerksam macht. Dieser Informationsdienst bietet wertvolles Hintergrundmaterial zu Fakten und Tendenzen, Personen und Gruppen aus dem rechten Spektrum an. Wäre der „blick nach rechts“ stärker verbreitet und beachtet worden, hätte manche Informationslücke in Behörden vermieden werden können.

Ich freue mich, daß dieser heute erstmals in veränderter Aufmachung erscheinende Dienst jetzt attraktiver und übersichtlicher gestaltet wird, um ihn für seine Bezieher noch besser nutzbar zu machen und um neue Abonnenten anzusprechen. Ich unterstütze nach Kräften alle Bemühungen der Redaktion und der Herausgeber, daß weiter regelmäßig und gründlich über die Vorgänge in der rechtsextremen Szene informiert werden kann. Denn wir müssen wachsam bleiben. Und dazu werden auch die Kenntnisse gebraucht, die der „blick nach rechts“ uns liefert.

## NS-Vergangenheit

**Sinti und Roma noch immer benachteiligt**

**Die wenigen noch lebenden Sinti- und Roma-Opfer des Nazi-Terrors sind bis zum heutigen Tag nicht rehabilitiert. In zahlreichen Fällen wird ihnen bisher auch jegliche Rente oder Beihilfe verweigert.**

„Hartnäckig hält sich bis heute die Legende, die Sinti und Roma seien irgendwie zufällig mit in die Mordaktion geraten. Das stimmt nicht. Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz, mit dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden ... Hitler selbst ordnete ge-

genüber Himmler die ausnahmslose Deportation aller Sinti und Roma in die Vernichtungslager an. Sie wurden daher im ganzen Einflußbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet.“

Als der Bundespräsident dies vor einem Jahr feststellte, hatte der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma endlich erreicht, worum er jahrzehntelang gekämpft hatte: Ein eigenes Dokumentations- und Kulturzentrum. Es wurde am 16. März 1997 in Heidelberg u.a. durch Roman Herzog, Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth und den amtierenden Präsidenten des Bundesrats, den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Erwin Teufel, eröffnet. Ein dreiviertel Jahr später, am Holocaustgedenktag 1998, wollte der verdiente Vorsitzende des Zentralrats, Romani Rose, nach der Feierstunde im Deutschen Bundestag im Bundeskanzleramt Kanz-

leramtsminister Bohl eine Petition überreichen. Bohl verweigerte sich allerdings und ließ mitteilen, es gebe keinen Grund für eine Petition. Sinti und Roma würden gegenüber anderen NS-Opfern nicht benachteiligt.

Ende Februar legte Rose nun erneut einen Beweis für die Benachteiligung vor: Eine Liste mit den Namen von 144 kranken NS-verfolgten Sinti, denen bis auf den heutigen Tag jegliche Rente oder Beihilfe verweigert wird. „Das Bundeskanzleramt habe zugesagt, die vom Bundesfinanzminister abgelehnten Anträge zu prüfen“, ließ der Zentralrat mitteilen.

### ■ Volksgruppe ohne Lobby ■

Während die Opfer der NS-Zwangsverstümmelung (Sterilisation) nun endlich nach langem, oft erniedrigendem Streit durchgesetzt haben, daß die gegen sie erlassenen Unrechtsurteile aufgehoben werden, sind die wenigen noch lebenden Sinti- und Roma-Opfer unverändert im Nachteil. Es wird ihnen verweigert, was die meisten NS-Opfer mittlerweile erreicht haben - ihre Rehabilitierung. Wie verbrecherisch die Nazis Zehntausende von Frauen und Männern verstümmelt haben, dokumentiert die Vorsitzende des Verbandes der Zwangssterilisierten, Klara Novak. Als angeblich erbkrank wurde sie sterilisiert. Wie gesund sie tatsächlich ist, bewies sie nach dem Krieg als hochangesehene Krankenschwester und seit vielen Jahren als Vorsitzende ihres Verbandes mit Sitz in Detmold.

Während die „Endlösung der Judenfrage“ sofort nach der Befreiung im Frühjahr 1945 als grauenhaftes Verbrechen angeprangert wurde und Bundeskanzler Konrad Adenauer schon 1952 mit dem damaligen israelischen Premierminister David Ben-Gurion die Grundzüge einer finanziellen Entschädigung aushandelte, dauert es bis 1982, ehe die Bundesregierung den Völkermord an den Sinti und Roma formell anerkannte. Die Gründe liegen auf der Hand. Zum Glück hatten die jüdischen Opfer unmittelbar nach ihrer Befreiung besonders in der jüdischen Gemeinschaft in den USA eine tatkräftige Lobby. Drei Jahre später, mit der Proklamation Israels im Mai 1948, kam ein ganzer Staat hinzu. Bonn wußte sehr gut, daß die junge Bundesrepublik nur in die Gemeinschaft freier Völker aufgenommen werden würde, wenn sie sich zum Massenmord am jüdischen Volk bekennen und die Pflicht zur „restitution“ - um das unsäglich Wort „Wiedergutmachung“ zu vermeiden - anerkennen

würde. Die Sinti und Roma hingegen hatten keinerlei Lobby - im Gegenteil. In etlichen Bundesländern wurden die „Zigeuner“ weiter speziell beobachtet. Polizei bediente sich der „Zigeunerkarteien“ der Nazis. Viele Überlebende fürchteten sich vor deutschen Behörden wie überhaupt vor Ämtern. Nicht selten kam Analphabetismus hinzu.

### ■ „Zigeunerkarteien“ der Nazis ■

Der von Herzog angesprochene „Rassenwahn“ wirkte fort, obwohl seit dem 15. Jahrhundert Sinti im deutschen Sprachgebiet zu Hause sind. Feindselig wurden sie schon vielerorts betrachtet, ehe die Nazis an die Macht kamen. Das hing nicht zuletzt damit zusammen, daß nicht alle einen festen Wohnsitz hatten. Oft zogen sie umher, handelten mit Pferden und anderen Tieren, arbeiteten als Gold- und Silberschmiede. In Bayern wurde bereits 1899 ein staatliches Amt für „Zigeuner-Angelegenheiten“ eingerichtet, das im Februar 1929 in „Zentrale für Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ umbenannt wurde. Ihre Verfolgung in der Nazi-Zeit begann anders als bei den Juden, aber sie begann nicht viel später. Die Anfang 1933 in Deutschland lebenden 28.000 „Zigeuner“ wurden 1935 von Kommentatoren der „Nürnberger Gesetze“ ausdrücklich eingeschlossen. Wenige Tage nach dem Überfall auf Polen im September 1939 beschloß eine Konferenz unter Vorsitz von SD-Chef Reinhard Heydrich, 30.000 „Zigeuner“ aus dem Reichsgebiet, zu dem inzwischen auch Österreich gehörte, ins „Generalgouvernement“ abzuschieben. Die Betroffenen durften von Stund an ihren Wohnort nicht mehr verlassen. Am 16. Dezember 1942 ordnete Himmler die Deportation der „Zigeuner“ nach Auschwitz an. Nach Schätzungen wurden allein in diesem Lager etwa 20.000 „Zigeuner“ umgebracht. Viele, vor allem Zwillinge, waren vorher Opfer von Josef Menges medizinischen Verbrechen geworden.

Wieviele Sinti und Roma dem NS-Völkermord zum Opfer gefallen sind, weiß niemand genau. Die Schätzungen schwanken zwischen 220.000 und einer halben Million, wobei die zweite Zahl den Umfang des Genozids zutreffender umschreiben dürfte. Nur ganz wenige leben noch, und es werden täglich weniger. Der Deutsche Bundestag sollte das Thema endlich abschließend diskutieren und den Anspruch auf Versorgung bestimmen. Das ist das Parlament diesen deutschen Staatsbürgern schuldig.

Heiner Lichtenstein

**Hintergrund****„Das geschah am hellichten Tag“**

**In den neuen Bundesländern ist die Zahl der Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund dreimal höher als im Westen - Sozialforscher spricht von „völkischer Stimmung“.**

Eigentlich war es eine ganz gewöhnliche Magdeburger Woche. Am Dienstag schlugen Skinheads einen Besucher aus China krankenhaushausreif, drei Tage später pöbelten sie im Hauptbahnhof einen sudanesischen Geschäftsmann an, einen Tag danach jagten sie einen Iraker und einen Türken quer durch die Stadt und warfen mit Steinen nach den Flüchtenden. Am Montag traf es einen weiteren 33jährigen Iraker, der sich leichtsinnigerweise in die Neubausiedlung Neu-Olvenstedt gewagt hatte: Der Mann wurde von den vier Jugendlichen mit Messern bedroht, mehrfach ins Gesicht getreten und zum Schluß auch noch mit Stiefeln getreten. Diese vier brutalen Überfälle gehören inzwischen zur Normalität in den neuen Bundesländern - sie sind nur ein winziger Teil einer riesigen Welle von Gewalt, die seit dem Ende der DDR von der Ostsee bis zur tschechischen Grenze schwappt.

Mit solchen und vielen hundert ähnlichen Vorfällen befaßte sich jetzt der Berliner Sozialforscher Bernd Wagner, der sich in der Materie bestens auskennt. Der 42jährige, der schon bei der Kriminalpolizei der DDR mit der Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen beschäftigt war, gehörte bis Ende 1991 als Abteilungsleiter Staatsschutz dem gemeinsamen Landeskriminalamt der neuen Bundesländer an. Wagner hatte bereits in der DDR der achtziger Jahre eine organisierte rechte Szene beobachtet: So marschierte etwa zur Jahreswende 87/88 eine Gruppe junger Leute im Gleichschritt und mit Gesang vor der Leipziger Moritzbastei auf und grüßte mit dem Hitler-Gruß. Und schon damals wurden vietnamesische und afrikanische Vertragsarbeiter beschimpft, mißhandelt und mit Baseballschlägern durch Berliner Parkas gejagt. „Die völkische Stimmung gegen Ausländer, die sich heute in Ostdeutschland offen und brutal artikuliert, ist keineswegs allein ein Produkt der Wendezeit“, schreibt Wagner in seiner jüngst veröffentlichten Studie\* über „Rechtsextremismus und kulturelle

Subversion in den neuen Ländern“. Trotz der strikten Überwachung durch die Stasi existierten in der DDR rechtsextreme Gruppen, die sich selber „Faschos oder „Skins“ nannten. Sie veranstalteten auch damals schon regelrechte Hetzjagden auf Punker, die sie aus den Straßenbahnen holten und in aller Öffentlichkeit zusammenschlugen. Wagner: „Das geschah am hellichten Tag.“

Damals begann, was sich nach der Wende noch weitaus brutaler fortsetzte. Anders als im Westen, wo die rechtsextremen Gewalttäter ihre Anschläge zumeist heimtückisch und im Schutz der Dunkelheit verüben, treten ihre Gesinnungsgenossen im Osten offen und unmaskiert auf. Folgt man Bernd Wagner, dann verstehen sich die jungen Leute nicht als Extremisten, sondern als „Vollstrecker des Volkszorns“, die nur in die Tat umsetzen, was eine Mehrheit in den neuen Bundesländern ohnehin spricht, denkt und fühlt. Die Vorurteilmuster sehen etwa so aus: Man haßt Ausländer, besonders schwarze Afrikaner, kämpft gegen „linke Zecken“ und „multikulturelle Gutmenschen“, mag den Euro nicht und hält demokratische Einrichtungen für Schwatzbuden. Zu den erklärten Feinden gehören die „Bonzen“, die „Geldjuden“, die „Asseln“ (Asozialen) und die Asylbewerber. Diese Stimmungslage hat in den letzten Jahren zu einem dramatischen Anstieg der Gewaltaktionen geführt - so wurden 1997 in der früheren DDR nahezu dreimal so viele rassistische Straftaten registriert wie in der einstigen Bundesrepublik. „In einem guten Drittel unseres Landes können sich Menschen, die irgendwie ausländisch aussehen, nicht mehr frei bewegen, schloß Anette Kahane vom Zentrum Demokratische Kultur aus solchen Fakten.

Inzwischen wurden die Glatzen längst zum Teil der ostdeutschen Alltagskultur. „Rechts sein gehört zum Lifestyle“, sagt Bernd Wagner. Er schätzt, daß etwa ein Drittel aller Jugendlichen in den neuen Bundesländern irgendwie der rechten Szene zuzurechnen ist. Sie haben sich zu lockeren Gruppen zusammengeschlossen, zu autonomen Kameradschaften oder sind Jugendorganisationen rechtsextremer Parteien beigetreten. Auch paramilitärische Organisationen und Terrorgruppen werden immer häufiger gegründet. So läuft zur Zeit vor dem Berliner Landgericht ein Prozeß gegen zwei Mitglieder der „Kameradschaft Treptow“, die ein PDS-Mitglied mit Hilfe einer Rohrbombe umbringen wollten.

Sebastian Bähr

**\*Bernd Wagner, Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, herausgegeben vom Berliner Zentrum für demokratische Kultur**

**Aus der Szene****Schulung für braune Kameraden**

**Eine rechtsextremistische Vereinigung will Nachwuchs-Juristen für den Eigenbedarf heranbilden.**

Seit dem vergangenen Jahr tritt die „Vereinigung zum Schutz der Bürgerrechte“ (VSB) mit Sitz im südbadischen Wehr (Kreis Waldshut-Tiengen) bundesweit in Erscheinung. Ziel der „Vereinigung“ ist es, der rechtsextremen Szene rechtliche Grundkenntnisse zu vermitteln und langfristig eine eigene Anwaltskanzlei aufzubauen. Neben dem „Deutschen Rechtsschutzkreis“, dem „Deutschen Rechtsbüro“ und bekannten Szeneanwälten wie Jürgen Rieger, Hans Günter Eisenecker und Günther Herzogenrath-Amelung soll hier eine weitere juristische Institution für Rechtsextremisten initiiert werden.

In den vergangen Ausgaben der von der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ herausgegebenen HNG-Nachrichten konnte die VSB, die ausschließlich von Rolf Melzner vertreten wird, mehrfach für ihre Ziele werben. VSB-Leiter Melzner hatte auch die presserechtliche Verantwortung für die Januar-Ausgabe der HNG-Nachrichten. Ebenso zeichnete Melzner presserechtlich verantwortlich für einen Spendenaufruf „Kameradschaft ist mehr als nur ein Wort!“ zugunsten von Kurt und Ursel Müller, der HNG-Vorsitzenden. Unterzeichnet wurde dieses Flugblatt u.a. auch von der Redaktion der Schrift „Sonnenrad“ aus dem Umfeld des neonazistischen „Deutschen Jugend Bundes“ im westfälischen Werdohl (Märkischer Kreis).

Die VSB hat neben verschiedenen Informationsmaterialien auch eine umfassende VSB-Infoliste erstellt. Darin finden sich Adressen von Behörden und Institutionen, Anschriften zum Thema Fortbildung und Information, beispielsweise der Zentralen für politische Bildung, sowie „Nationale Anschriften“. Die Bandbreite der genannten Publikationen reicht vom „Ostpreußenblatt“ über revisionistische Titel bis zu neonazistischen Skinzines. Weiterhin sind knapp 90 Organisationen aus dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum sowie mehrere Dutzend Versandfirmen und Verlage aufgelistet. Rechtsanwälte werden auf Anfrage ver-

mittelt, Einstieg und Orientierung in der extremen rechten Szene leicht gemacht.

Im Zentrum der Arbeit der „Vereinigung zum Schutz der Bürgerrechte“ steht die rechtliche Betreuung und Schulung von Rechtsextremisten. Seit Mitte 1997 existiert ein „Arbeitskreis Recht“, um „langfristig Kameraden zu qualifizierten Juristen auszubilden“. Dafür legt der VSB einen dreistufigen Plan vor. „In der Stufe 1 werden an geeignete Kameraden auf Darlehensbasis Stipendien vergeben, damit diese ggf. zunächst die Allgemeine Hochschulreife erlangen und darauf aufbauend das Studium der Rechtswissenschaften (Jura) ergreifen können“. Pro Jahr kommen „maximal drei Kameraden für eine Förderung in Frage“. Auf der zweiten Stufe soll dann ein Volljurist für die VSB tätig werden. Rechtsberatung und Akteneinsicht wären dessen avisierten Aufgaben. „Der für die VSB tätige Volljurist soll zu einem marktüblichen Gehalt beschäftigt werden, um keine Negativauslese zu erreichen.“ Die Fördermitglieder des VSB, rund 300 seien notwendig zur Finanzierung dieser Stelle, sollen zu einem günstigeren Tarif die Leistungen des eigenen Rechtsanwalts in Anspruch nehmen können. In der dritten und letzten Stufe soll die Strafverteidigertätigkeit vor Gericht folgen. Gedacht ist an eine gemeinsame Kanzlei, „die gleichzeitig als Studienzentrum (Nutzung der Bibliothek, der technischen Hilfsmittel und fachliche Hilfestellung von examinierten Juristen) für die gerade in der Ausbildung befindlichen Kameraden dient, um so deren Studienerfolg sicherzustellen.“

Bislang beteiligen sich nach Angaben der VSB erst 35 Fördermitglieder an dieser Idee. Sie erbringen ein jährliches Spendenaufkommen von 3.160 Mark. Davon werden derzeit drei Stipendien angehende Abiturienten vergeben.

Die VSB bietet auch eine Rechtsschulung an, um kurzfristig geeigneten Kameraden die erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln, um den staatlichen Willkürmaßnahmen schon jetzt effektiver entgegenzutreten zu können.“ Als Themen werden Polizeirecht, Strafprozeßrecht und Versammlungsrecht angeboten. Ziel ist es, „Gesetzesverstöße - insbesondere gegen das Versammlungsgesetz zu vermeiden“. Kader mit Grundkenntnissen der Jurisprudenz sollen herangebildet werden, um die rechtsextreme Szene mit juristischen Grundkenntnissen systematisch auszurüsten. Eine Art braunes Schneeballsystem ist für VSB-Leiter Melzner der Schlüssel zum Erfolg.

Sönke Braasch

## Grauzone

## Neuer Koalitions-partner gefragt

**Berliner CDU-Funktionäre rühren die Werbetrömmel für den „Bund Freier Bürger“ und empfehlen die Wochenzeitung „Junge Freiheit“.**

Bereits bei der Gründungsversammlung der „Offensive für Deutschland“ am 13. Dezember am Kirchheimer Dreieck fiel auf, daß der FDP-Abtrünnige Heiner Kappel nicht nur einige ehemalige CDU-Funktionäre der zweiten Garnitur für seine Neugründung hatte gewinnen können, sondern daß auch etliche ranghohe Funktionäre des Christlich-Konservativen Deutschlandforums dort zu Wort kamen. Nach dem Vereinigungsparteitag mit dem „Bund Freier Bürger“ (BFB) im Januar in Berlin wurde dann vollmundig verkündet, daß man weitere Zugänge aus dem „in Auflösung befindlichen“ brandenburgischen Landesverband der CDU erwarte.

Nunmehr bekommt Brunners Formation auch Schützenhilfe durch Berliner CDU-Funktionäre. Allerdings treten diese unter dem Deckmantel einer „Bürgerinitiative Besorgter Bürger“ auf. Erstmals im Frühsommer vergangenen Jahres hatten sie mit einem Thesenpapier von sich reden gemacht, das als antisemitisch gewertet wurde und sogar CDU-Generalsekretär Hintze in Wallung brachte. Die beiden Federführenden dieser „Bürgerinitiative“, Dr. Ortwin Kuhn und Dr. Georg Klaffus, fungieren beide gleichzeitig als stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Berlin-Brandenburg des Christlich-Konservativen Deutschlandforums.

In einem vom 4. Februar 1998 datierenden, bundesweit verbreiteten Rundschreiben heißt es über den BFB: „Die Bewegung will an der Bundestagswahl teilnehmen und sich durch weitere Fusionen mit anderen wertekonservativen Parteien und Gruppen vergrößern. Wir haben als CDU-Mitglieder die ‘CDU-Größen’ auf diese Entwicklung hingewiesen und gefordert, endlich die Belange der deutschen Bürger zu berücksichtigen, um eine Abwanderung der Wähler zu verhindern. Gleichwohl bitten wir sie, sollten Sie aus Verdruss zum Kreise der Nichtwähler gehören, sich Ihrer staatsbürgerlichen Pflicht zu erinnern und ggf. die neue Bewegung zu unterstützen, so daß dann der Union ein neuer Koalitionspartner erwachsen könnte. Denn die abgewirtschaftete

F.D.P. dürfte wohl nicht die 5-%-Marge sehen.“ So wie wir von früheren Wahlen Zweitstimmenkampagnen aus Unionskreisen für die FDP kennen, scheint sich nunmehr eine solche für Brunners BFB abzuzeichnen. Damit erst gar keine Unklarheiten aufkommen können, gestatten sich die beiden CDU-Funktionäre in einem früheren Schreiben (30.9.97) einen weiteren Hinweis: „Abschließend legen wir Ihnen die Wochenzeitschrift ‘Junge Freiheit’ ans Herz, die uns unerwartet mit einer objektiven Berichterstattung bundesweit unterstützt hat. Vielleicht können Sie sich entschließen, diese Zeitung zu fördern, da sie offensichtlich einzigartig im politischen Spektrum ist.“

Für sie offenbar überraschend, waren Klaffus und Kuhn mit ihrer Zweimann-Bürgerinitiative, die ihr Hauptbetätigungsfeld in der Agitation gegen den Zuzug jüdischer Kontingentflüchtlinge und gegen die Errichtung eines Holocaust-Mahnmals in Berlin sieht, auf innerparteilichen Widerstand gestoßen. Klaffus erhielt am 4. Dezember einen Verweis durch das Kreisparteigericht Charlottenburg. Mit Äußerungen über den „pathologischen Philosemitismus unser Politiker“ und der Aussage, „unqualifizierte Ausländer und deren Kinder“ seien eine „soziale Zeitbombe“, habe er „gegen das Menschenbild der Union erheblich verstoßen“ und - was wohl noch negativer vermerkt wurde - „bewußt die negative Darstellung der Union in den Medien in Kauf genommen“. Weitere Folgen hat ein solcher Verweis für das ehemalige Kreisvorstandsmitglied Klaffus nicht.

Auch in einem aktuellen Brief, der an Wolfgang Schäuble gerichtet ist und an alle CDU-Kreisverbände ging, wird sinngleich mit der Hetze der extremen Rechten gegen die Aufnahme jüdischer Kontingentflüchtlinge aus den GUS-Staaten polemisiert, wird Wiedergutmachung für Sinti und Roma abgelehnt und umfassend grundsätzlich zwischen Deutschen und Juden unterschieden. Zu den Unterstützern zählen inzwischen auch, so Klaffus/Kuhn, neben etlichen Leserbriefschreibern in der „Welt“, Vertreter der Bundesvereinigung der Rußlanddeutschen - „Heimat e.V.“ - und des Kurt-Schumacher-Kreises, einer rechten Kleingruppe, deren Mitglieder ihre Bedeutung daraus ziehen wollen, daß sie einstmals als Flügelmänner am rechten Rand der SPD angehört haben.

Bleibt noch die Frage, woher das Geld für die bundesweite Aussendung in Hunderten von Exemplaren des gut sechzigseitigen Schreibens kommt? Ob hier bereits Herr Brunner hilft?

Volkmar Wölk

## Grauzone

## Mit rechten Scheuklappen

**Ein langjähriges CDU-Mitglied, umtriebig auch in Vertriebenenkreisen, machte gemeinsame Sache mit Rechtsextremisten. Das baden-württembergische Innenministerium hat eine Veranstaltung gefördert, an der Vertreter der extremen Rechten teilnahmen.**

Die baden-württembergische SPD-Landtagsfraktion hat den CDU-Landesverband und den baden-württembergischen Landesverband des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) aufgefordert, im Fall Werner Nowak, CDU-Mitglied und stellvertretender Vorsitzender der baden-württembergischen Vertriebenen sowie seit 1995 SDR-Rundfunkrat und auch Mitglied im neuen Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR), schnellstens Konsequenzen zu ziehen und sich von diesem Mann zu trennen. Nowak war jüngst „wegen seiner Kontakte zu rechtsradikalen und rechtsextremistischen Kreisen“ (SPD) erneut in die Schlagzeilen geraten. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Wolfgang Bebbler betonte: „Die Vertriebenen und die CDU geraten ins Zwielicht, wenn sie einen Mann wie Nowak weiter in ihren Reihen dulden.“

### ■ Verfügbares Foto ■

Nach Informationen des ARD-Politmagazins PANORAMA beteiligte sich Nowak am 22. März 1997 an einem Treffen des rechtsextremen „Deutschen Seminars“ (am 4. Juli 1970 in Stuttgart gegründet) in der Gaststätte „Poststadion“ in Stuttgart. An der Veranstaltung nahmen ca. 100 Personen aus dem süddeutschen Raum (u.a.: Heidelberg, Ludwigs-hafen, Karlsruhe, Rastatt, Freudenstadt, Esslingen, Stuttgart, München) teil, u.a. Walter Staffa und Melitta Erdmann. Staffa ist Gründer des „Deutschen Seminars“, das seit 1997 vom baden-württembergischen Verfassungsschutz beobachtet wird, und Ehrenvorsitzender des revanchistischen „Witikobundes“ (ein sogenannter „Prüffall“ des Verfassungsschutzes) sowie Stiftungsratsmitglied der „Stiftung Sudetenland“, deren Stiftungszweck u.a. die „Unterstützung siedlungswilliger Deutscher bei

ihrer Existenzgründung“ vorsieht. Erdmann gehörte einst zum direkten Umfeld der rechtsterroristischen „Deutschen Aktionsgruppen“ (DA) von Manfred Roeder und spähte für die Gruppe anschlagsgerechte Ziele aus. Deshalb wurde sie am 15.12.1982 vom Oberlandesgericht Stuttgart wegen Beihilfe zum Brandanschlag in Leinfelden am 5.8.1980 zu 10 Monaten Haft verurteilt. Verteidigt wurde Erdmann vor Gericht vom Neonazi-Szeneanwalt Jürgen Rieger. Zuvor heiratete Erdmann 1979 in der JVA Remscheid den wegen 46fachen Mordes zu lebenslänglich verurteilten Wilhelm Schubert, vormals Blockführer im Konzentrationslager Sachsenhausen.

Ein Foto des Treffens zeigt Nowak gemeinsam mit Walter Staffa und Melitta Erdmann.

Unter den Teilnehmern der Veranstaltung des „Deutschen Seminars“ befanden sich weiterhin: die Rechtsextremisten Rolf Kosiek, Bundesvorsitzender der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) und Ex-NPD-MdL, Cord Wulf Crome, Ex-Funktionär der verbotenen „Wiking-Jugend“ (WJ) sowie Jürgen Schützinger, Bundessprecher sowie Kreis- und Stadtrat für die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), zuvor baden-württembergischer NPD-Landeschef.

Auf der Referentenliste der Frühjahrsveranstaltung des „Deutschen Seminars“ waren aufgeführt: der professorale Anti-Antifa-Strategie Hans-Helmuth Knütter, Werner Obst (Autor: „Ostpreußenblatt“, „Deutschland-Magazin“, „Criticon“, Referent bei der GfP und dem „Witikobund“), Theodor Schmidt-Kaler (Erstunterzeichner des rassistischen „Heidelberger Manifestes“ und des revisionistischen „Appells der 100“), und Horst-Rudolf Übelacker (Vorsitzender des „Witikobundes“ und der „Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft“, Autor der „Jungen Freiheit“ sowie zeitweilig REP-Kreisvorsitzender von München-Land).

Nowak, Gründungsmitglied der „Deutschen Volksunion e.V.“ (16. Januar 1971 in München) und des „Deutschen Seminars“, nunmehr ein umtriebiger Multi-Funktionär der Vertriebenen (u.a.: Landesobmann der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ Baden-Württemberg, Mitglied des Stiftungsrates der „Stiftung Sudetenland“), gehörte über Jahre hinweg dem revanchistischen „Witikobund“ an, zuletzt als Beisitzer im Bundesvorstand. Erst nach der Ausstrahlung des PANORAMA-Beitrags trat Nowak, der bis zu seiner Pensionierung 1993 Referatsleiter im baden-württembergischen Innenministerium war, aus dem Verein

aus. Zuvor hatte er 1997 mit bundesweit bekannten Rechtsextremisten wie Kosiek, Karl Baßler (Ex-Landtagsabgeordneter der NPD, GfP-Referent) und Hans-Ulrich Kopp, Gründungsinitiator der „Freien Deutschen Sommeruniversität“ (nunmehr: „Freie Deutsche Sommerakademie“), in deren Kreisen die rechtsextreme „Junge Freiheit“ als „Junge Feigheit“ titulierte wird, innerhalb des baden-württembergischen „Witiko“-Landesverbandes einen „Aktionskreis“ gebildet, „der den Aufschwung des Bundes weiter vorantreiben will“. Die gemeinsame Gründung dieses „Aktionskreises“ hat Nowak inzwischen eingeräumt, angeblich aber nichts über den rechtsextremistischen Hintergrund seiner Mitgründer gewußt.

### ■ „Biedermann und Brandstifter“ ■

Nach wie vor gültig ist jedenfalls Nowaks Aufruf im „Witikobrief“, wo er 1996 an „alle Landsleute“ appellierte, „Sendungen des SDR“ (Süddeutschen Rundfunks) mit Heimatbezug einer kritischen Beobachtung zu unterziehen und ihm hiervon Mitteilung zu machen.

Wer sich wie Nowak als ehemaliger Ministerialbeamter im Innenministerium so „naiv und blind“ zeige, so der SPD-Abgeordnete Bebbber, „muß sich den Vorwurf nach dem Motto der Ausstellung des baden-württembergischen Innenministeriums >Biedermann und Brandstifter< gefallen lassen.“

Bebber verwies auch auf eine Passage in einem „Witikobrief“, in dem Nowaks Haltung zum Deutsch-Tschechischen Vertrag so zusammengefaßt wird: Nowak „charakterisierte den bevorstehenden Vertragsschluß treffend als >tschechischen Versuch, sich mit Hilfe einiger deutscher Politiker auf typisch Schwejksche Art aus der Verantwortung für einen Völkermord übelster Sorte zu stehlen<“.

Im Rahmen der Nowak-Affäre kam ans Licht der Öffentlichkeit, daß das baden-württembergische Innenministerium trotz vorliegender Warnungen ein Seminar (Titel: „Gegen das Vergessen. Ostdeutschland nach der Vertreibung“) der „Landsmannschaft Westpreußen“, einer Unterorganisation des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), gefördert hat, an dem im November 1996 in der Böblinger „Station Gaststätte“ zahlreiche Rechtsextremisten teilnahmen. Diskutiert wurde vor handverlesenem Zuhörerkreis über „die Frage der >Kriegsschuld< Polens“. Dabei war von polnischen Morden bei Kriegsanfang und vom Beginn der Kampfhandlungen durch polnisches Militär die Rede. Das be-

reits XXII. Osteuropäische Seminar wurde mit Steuermitteln bezuschußt - und dies trotz der Tatsache, daß dem Innenministerium zuvor aus dem Umfeld der Vertriebenenverbände der Rat zugegangen war, die Veranstaltung unter die Lupe zu nehmen. Zu den rund 60 Teilnehmern zählten u.a.: Karl Baßler (s.o.), Cord Wulf Crome (s.o.) Melitta Erdmann (s.o.), Wolfgang Dünkel, Aktivist der zwischenzeitlich verbotenen „Wiking-Jugend“ (WJ), Erich Lienhart, Gründer des ultrarechten „Freundeskreises für europäische Jugendarbeit e.V.“, Bruno Schmidt, Vorsitzender des Stuttgarter Freundeskreises der NPD, Wolfgang Gäbler, Vorstandsmitglied des „Cannstatter Kreises“ und Folke Schöller, Aktivistin der „Heimattreuen Jugend e.V.“.

Referent auf der Tagung war u.a. Heinz Schön, Leiter des Ostsee-Archivs in Bad Salzuflen sowie Autor des revisionistischen Tübinger Verlagskomplexes Grabert/Hohenrain. Einen Videofilm mit Schön, Bestseller-Autor des auf Militaria-Bücher spezialisierten „Motor-Buch-Verlags“, vertreibt der Arndt-Verlag des Rechtsextremisten Dietmar Munier.

Das baden-württembergische Innenministerium hat - aufgeschreckt durch die PANORAMA-Recherchen - zwischenzeitlich den 1.100-Mark-Zuschuß für das Seminar der „Landsmannschaft Westpreußen“ zurückgefordert.

Anton Maegerle



## Personen

### Den Falschen geehrt

Der 25jährige Bonner Student Peter Hild, über dessen Aktivitäten der „blick nach rechts“ jüngst informierte (Ausgabe 3/98, S. 4), wurde erneut geehrt. Der Stuttgarter Ortsverband der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS“ (HIAG) zeichnete ihn mit der Ehrennadel in Silber mit Urkunde aus. Ein Grund mehr, daß Hild der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, den er „wegen überragender Verdienste auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge“ im vergangenen Dezember aus der Hand des Bundespräsidenten empfing, wieder ab-erkannt werden sollte.

## ZEITSCHRIFTENSCHAU

## Periodika der extremen Rechten

**„Nation+Europa“(NE) - 48. Jg., 3/98:**

Die Besinnung auf das Revolutionsjahr 1848 dient dazu, sich nicht nur als Nachlaßverwalter zu präsentieren. Den demokratischen Kräften wird vorgeworfen, sie verweigerten sich der Erinnerung, eine Behauptung, die sich angesichts der Gedenkstunden der Bundesländer oder in Kommunen reichlich albern ausnimmt. Der Vorwurf angeblich fehlender Einbeziehung des 48er-Erbes wird im übrigen daran geknüpft, daß die demokratischen Kräfte keine Veranlassung sähen, den nach brauner Leseart in der Folge des Jahres 1848 stehenden, weil als Korrektur der kleindeutschen Lösung durch Hitler definierten Anschluß Österreichs vor 60 Jahren zu feiern. Zugleich ist man bemüht, sich selbst als verfolgte politische Märtyrer zu sehen; auf diese Weise gelingt es, den rechtslastigen Tübinger Historiker Robert Hepp, gegen den wegen Geschichtsfälschung ermittelt wird, in eine Reihe mit den Göttinger sieben Professoren zu stellen, was die nun wahrlich nicht verdient haben. Dies ist auch gleich für Franz Schönhuber Thema, der ein weiteres Mal das „Weltjudentum“ geißelt und den Deutschen empfiehlt, „die Prüfung von Sozialmodellen aus NS-Deutschland und dem faschistischen Deutschland hinsichtlich partieller Verwendung nicht mehr“ zu tabuisieren. Will uns Franz mit neuen Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie einen neuen Krieg nahelegen? Revolutionär muß auch Schönhubers Modell nach dem vorausgesagten Wahlsieg Rot-Grün eines Europas der Regionen anmuten, in dem sich Bayern „aus einer Konkursmasse Deutschland“ mit den Nachbarländern K und K Österreichs neu organisiert. Kernthema ist auch in dieser Ausgabe die u.a. von Harald Neubauer beklagte Zersplitterung der extremen Rechten, die sich angesichts der Aktivitäten des „Bundes Freier Bürger“ (Brunner), der DVU und NPD fortsetzt. Beklagt wird, daß sich ein als Ausweis für einen gesunden Patriotismus gelobter Aufruf in Südkorea, südkoreanisch zu kaufen, wegen der Erinnerung an die Parole „Kauft nicht bei Juden“ nicht auf Deutschland übertragen lasse. Insgesamt ist anzumerken, wie unverfroren, vor allem auch durch Altmeister Franz Schönhuber, mit den direkten Bezügen auf das Dritte Reich operiert wird. Erwähnt sei noch ein Beitrag des DSU-Funktionärs Hans-Holger Malcomeß, der gegen die Wehrmachtsausstellung zu Felde zieht.

**„Junge Freiheit“ (JF)-13. Jg., Nr. 12,13/98:**

Schelte kriegt die SPD, die trotz einzelner Vorstöße im Bundestag in Sachen Euro und Ausländerpolitik kläglich versagt habe - selbstredend in der von der JF gewünschten Richtung (12/98). JF-Chefredakteur Dieter Stein bricht eine Lanze für den unter Beschuß geratenen Ex-General Schultze-Rhonhof; Verteidigungsminister Rühe plane eine Armee, „deren Offizieren ein politisch-korrektiver Kadavergehorsam antrainiert“ würde. Bei Bewertung der wirtschaftspolitischen Programmvorstellungen des „Bund Freier Bürger“ und der „Republikaner“ überwiegt die Präferenz eindeutig zugunsten letzterer ob deren sozialer und ökologischer (?) Komponente. Die Brunner-Partei geriere sich als reine DM-Partei und sei sonst nicht von neoliberalen Positionen in der FDP zu unterscheiden. Ein Gastspiel gibt der nach Rechtsaußen mutierte Klaus-Rainer Röhl mit einem genehmigten Vorabdruck aus seinem neuen Buch, in dem er über die Wirrnisse seiner ehemals fehlgeleiteten politischen Biographie lamentiert (12/98). Ein Vergleich wird gezogen zwischen hehren Absichten der Deutschen bei der Bombardierung britischer Städte und dem Terror der britischen Luftangriffe auf deutsches Gebiet im Zweiten Weltkrieg. Skinhead-Musik ist nach JF-Leseart harmlose Jugendmusik, womit die Alt-68er nur ein bißchen provoziert werden sollten. Andreas Mölzer, Chefredakteur des österreichischen JF-Pendants „Zur Zeit“ sieht in der Reminiszenz an 1848 so etwas wie „ideengeschichtliche Aktualität“; auch heute erhebe sich eine „radikal-liberale Emanzipationsbewegung gegen das politische Establishment“, den Spießer von 1968 (12/98)). Wohlwollend interpretiert wird die NPD-Demo am 14.3. im thüringischen Saalfeld, die sich des Themas Arbeitslosigkeit angenommen habe, wogegen die Linke nichts besseres zu tun hatte, als zu protestieren (13/98). Anlässlich der Ergebnisse der Regionalwahlen in Frankreich folgt eine Mahnung an die bürgerliche Rechte, mit dem rechtsextremen Front National zusammenzuarbeiten. Wie lange noch müßte sich mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Nazi-Regime der deutsche Steuerzahler von jüdischen Organisationen zur Entschädigung für Holocaust-Opfer zur Kasse bitten lassen, empört sich der JF-Schreiberling. Es gelte schließlich im christlichen Abendland keine Sippenhaft und keine „kollektive Verantwortung für Verbrechen vorangegangener Generationen. Günter Rohrmoser sieht die ausgebliebene geistig-moralische Wende in der Ära Kohl als ursächlich an für den Niedergang und die ökonomischen und finanziellen Probleme unseres Landes (13/98).

## Ausland

## Weiterer Erfolg für Le Pen-Partei

**Bei den Regionalwahlen in Frankreich konnte der Front National seinen Stimmenanteil weiterhin steigern. Insbesondere der Einbruch der bürgerlichen Rechten macht deutlich, daß der rechtsextreme FN zu einem ernstzunehmenden Faktor in der französischen Parteienlandschaft geworden ist.**

Die Regionalwahlen am 15. März waren ein erster landesweiter Test für das linke Regierungsbündnis, die „gauche plurielle“, und das von ihr verfolgte Programm, wie auch dafür, ob die konservativ-liberale Rechte nach dem Schock der Parlamentswahlen wieder Tritt gefaßt hat. Wenn auch bei einer extrem geringen Wahlbeteiligung von 58,1 Prozent, einem Rückgang von 10 Prozent gegenüber den Regionalwahlen 1993, Schlußfolgerungen nur sehr vorsichtig gezogen werden sollten, lassen sich doch einige Trends deutlich ablesen.

Die Regierungsparteien sind nunmehr zur stärksten Kraft auch in den Regionalparlamenten geworden. 1993 hatten sie in lediglich zwei von 22 Regionen die Mehrheit erobern können, jetzt besteht diese rechnerisch in mindestens zwölf. Die rechte Opposition hält nur noch sieben Regionen, davon eine mit absoluter Mehrheit. Besondere Bedeutung kommt der Kräfteverschiebung in den bevölkerungsreichen Regionen Ile-de-France mit der Hauptstadt Paris, wo traditionell konservativ gewählt wurde, und in der Provence-Alpes-Côte-d'Azur (PACA) zu, wo die Linke ebenso wie im wichtigen Nord-Pas-de-Calais stärkste Kraft geworden ist.

Die Opposition aus gaullistischem RPR und dem konservativ-neoliberalen Parteienbündnis UDF dagegen läuft Gefahr, zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben zu werden. Der Konsolidierung des Regierungslagers auf der einen Seite entspricht auf der anderen eine nochmalige Stärkung des „Front National“ (FN), der sein Programm der „préférence nationale“ („Nationaler Vorrang“) auch auf die Regionen übertragen wollte. Da die Regionalwahlen die einzigen in Frankreich sind, bei denen nach dem Verhältniswahlrecht verfahren wird, konnte der FN hier seine reale Stärke ausspielen und zum Zünglein

an der Waage bei der Schaffung von Majoritäten werden. In fünf Regionen ließen sich bürgerliche Politiker mit FN-Stimmen wählen, in zwei weiteren Regionen traten die mit FN-Hilfe Gewählten allerdings wieder zurück.

Der Zuwachs des FN hält sich in relativ engen Grenzen. Er kletterte um knapp zwei Prozentpunkte auf jetzt 15,2 Prozent, wobei angenommen wird, daß er durch die niedrige Wahlbeteiligung begünstigt wurde, da er als mobilisierungsfähiger gilt als die traditionellen Parteien. In vier der 22 Regionen ist der FN jetzt die stärkste Partei: PACA, Rhone-Alpes, Alsace und Franche-Comté. Allgemein hat er in seinen Hochburgen im Süden und Osten des Landes nochmals zugelegt, wenn auch die Gewinne nicht so stark ausfielen, wie es Umfrageergebnisse zunächst befürchten ließen. Insgesamt konnte der FN mehr als 250 Mandate erringen,

### ■ „Mittlerer Block ist überflüssig“ ■

Wiederum zugelegt hat auf Seiten der extremen Rechten auch die Liste „Alsace d'abord“ („Elsaß zuerst“) des regionalistischen FN-Dissidenten Robert Spieler, die diesmal drei Mandate im Regionalrat erobern konnte. Spieler war bisher Vizepräsident dieser Region. Im Alsace konnten auch die rechtsökologischen Unabhängigen Ökologen (MEI) um den früheren Grünen-Vorsitzenden Antoine Wachter ihr einziges Mandat erobern. Unerwartet schwach auf der Seite der extremen Rechten blieb dagegen der „Mouvement pour la France“ (MPF) des Adligen Philippe de Villiers, der mit dem deutschen „Bund Freier Bürger“ kooperiert. Diese Bewegung konnte auf eigenen Listen lediglich zehn Mandate erobern, davon allein fünf in der Region Loire, der Heimat de Villiers. Allerdings ist zu vermuten, daß etliche ihrer Repräsentanten zusätzlich auf Wahlvorschlägen gewählt wurden, die als „diverse Rechte“ geführt werden, in der Regel gegründet durch unzufriedene Provinzfürsten der etablierten Parteien.

Für die konservative Tageszeitung „Figaro“ war die Erklärung der Niederlage des bürgerlichen Lagers einfach: „Die Rechte hat ihre Wählerschaft nicht mobilisiert.“ Le Pen dagegen sprach bereits am Wahlabend von einer „elektoralen Beresina für RPR und UDF“. In der französischen Geschichte ist die Beresina der Anfang vom Ende Napoleons. Und Parteistrategie Bruno Mégret erklärte ebenso großspurig: „Die politische Landschaft ist unterteilt in

drei Blöcke, von denen einer überflüssig ist, der in der Mitte.“ Er hatte zuvor noch relativ vorsichtig verlautbart, daß jedes Ergebnis über 15% von ihm als Erfolg angesehen werde. Die Vorsicht war berechtigt, denn dieses Ziel wurde nur knapp überschritten. Übereinstimmend meinten die beiden ansonsten konkurrierenden Parteiführer, für das bürgerliche Lager sei es jetzt an der Zeit, ein Bündnis mit dem FN zu schließen, „um einen Damm gegen die Sozialo-Kommunisten zu errichten“.

### ■ Der Anfang vom Ende ■

Grundsätzlich hatte sich Le Pen bereit erklärt, die Kandidaten von UDF und RPR für die Präsidentschaft der Regionen zu unterstützen, wenn diese zu einem Minimalprogramm bereit seien. Dieses beinhaltet noch nicht einmal ausdrücklich die „heilige Kuh“ des FN, die „préférence nationale“. Vielmehr fordert man populistisch klare Aussagen gegen mögliche Steuererhöhungen, ein Programm zur Verbesserung der Inneren Sicherheit sowie Maßnahmen zum Erhalt der französischen und der regionalen Kultur. Le Pen unterstrich umgehend, daß die Befolgung des von der Linken auferlegten Verbots der Zusammenarbeit mit dem FN einem politischen Selbstmord gleichkäme.

Dieses Minimalprogramm ist eher auf die Wähler des konservativ-neoliberalen Lagers ausgerichtet als auf deren Parteien. Denn deren Führungen hatten im Vorfeld klar und eindeutig erklärt, daß sie eine mögliche Unterstützung durch den FN nicht in Anspruch nehmen würden. Allerdings haben sich eine Reihe der weitgehend unabhängig von den Pariser Zentralen agierenden Provinzfürsten nicht daran gehalten. Einer von ihnen, der Gaullist Jean-François Mancel, hatte schon vor Wochen seine Ansicht deutlich preisgegeben: „Wenn bestimmte Repräsentanten des Front National bereit sind, unser Handeln zu unterstützen, dann gibt es keinen Grund für die Ablehnung ihres Beitrages.“

Die Ausgangsbasis für den FN hat sich jedenfalls nach diesem Wahlgang nochmals verbessert. Dies gilt besonders in den Hochburgen des FN, wo er real bereits heute nicht mehr auszugrenzen ist. Greifen erst einmal die Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der Arbeit, die u.a. durch die Aufstellung eines FN-Schattenkabinetts beabsichtigt werden, dann könnte der FN seiner Drohung, die Mitte überflüssig zu machen, ein weiteres Stück näherkommen.

Jean Crement

### Wahlergebnisse

Die Wahlen vom 15. März in den 22 französischen Regionen brachten dem rechtsextremen Front National mit einem durchschnittlichen Gesamtergebnis von 15,2 Prozent (275 Mandate) einen leichten Zugewinn (1992: 13,9 Prozent). Beim ersten Durchgang der gleichzeitig stattfindenden Kantonalwahlen erhielt der FN knapp 14 Prozent.

Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte die Le Pen-Partei diesmal in 12 Regionen (dahinter Ergebnisse der Regionalwahlen von 1992):

Alsace: 20,58 % (17,16); Champagne-Ard.: 18,15 % (14,36); Centre: 15,89 (13,91); Franche Comte: 17,20 % (12,57); Haute-Normandie: 16,40 % (13,00); Ile-de-France: 16,31 % (16,22); Languedoc-Rous.: 17,45 % (17,41); PACA (Provence-Alpes-Côte-d'Azur): 26,52 % (23,45); Picardie: 18,47 % (13,50) und Rhone-Alpes: 18,96 % (17,08).

In einzelnen Departments der Region PACA konnte der FN mehr als 25 Prozent der Stimmen für sich verbuchen: Alpes-Maritim mit 27,10 % (27,26; Nationalratswahlen im vergangenen Mai: 27,63 %); Bouches-du-Rh. 26,76 % (22,76; Nationalratswahlen 28,18 %); Var 28,99 % (24,98; Nationalratswahlen 26,78 %); Vaucluse 26,98 % (22,57; Nationalratswahlen 28,79 %). In Oise (Picardie) erreichte der FN 24,37 % (15,57; bei den Wahlen im Mai 25,36 %).

Über der 20 Prozent-Marge bzw. knapp darunter lag der FN noch in folgenden Departments: Region Rhone-Alpes: Drome 19,71 % (14,54), Loire 22,18 % (19,27), Rhone 21,47 (20,87; dort bei den Nationalratswahlen noch 28,65 %); Region Alsace: Bas-Rhin 20,70 % (16,41; im vergangenen Mai 25,24), Haut-Rhin 20,40 % (18,21; Mai 26,81 %); Region Champagne-Ard.: Aube 19,46 % (15,23), Haute-Marne 19,29 (14,54); Seine-Saint-Denise (Ile-de-France): 21,43 % (21,39); Eure-et-Loir (Centre): 20,56 % (20,61); T.de Belfort (Franche-Comte): 20,46 % (16,22); Eure (H.Normandie): 19,92 % (15,48); Gard (Lang.-Rous.): 21,85 % (18,22; im vergangenen Mai 25,47 %). Ein Einbruch war lediglich zu verzeichnen im Dep. Pyrenees-Orien, (Lang.-Rous.) mit 17,86 % (22,58); bei den Nationalratswahlen im Mai '97 waren es dort noch 26,80 %.

(Quelle: Le Monde u. Le Figaro vom 17.3.1998)

**Bücherschau****Verstrickt in das NS-System**

Daß in Zeiten des Umbruchs Biographien verloren gehen, ist nicht ungewöhnlich. Nach dem Ende der NS-Zeit hat manch ein Belasteter versucht, der Haftung für seine Mitwisser- und Mittäterschaft zu entgehen. Während viele prominente ehemalige Nazis keine Skrupel hatten, sich dem neuen System anzudienen und in ihm zu reüssieren - Globke, Schlegelberger, Best seien stellvertretend genannt -, hielten es andere für angezeigt, in den Wirren der Kapitulation und des Zusammenbruchs der Verwaltung in eine neue Identität zu schlüpfen. Am 20. Februar 1952 wurde der ehemalige Gaustellenleiter von Sachsen, Fritz Rößler, verhaftet, der sich promoviert und unter dem neuen Namen Dr. Franz Richter für die Deutsche Reichspartei hatte in den Deutschen Bundestag wählen lassen.

Nicht weniger Aufsehen erreichte der Fall des SS-Standartenführers Werner Heyde, als Professor für Psychiatrie maßgeblich für die Euthanasie verantwortlich, der mit nachhaltiger politischer Förderung unter dem neuen Namen Dr. Fritz Sawade, maßgeblicher Fachgutachter der schleswig-holsteinischen Landesregierung wurde.

Die wohl phantastische Nachkriegsbiographie brachte jedoch der Rektor der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Hans Schwerte zuwege. Nachdem er vierzig Jahre unter neuer Identität eine einzigartige Karriere und unter vielfachen Ehrungen sein Berufsleben beendet hatte, enttarnte er sich selbst am 27. April 1995 - siebzehn Jahre nach Eintritt in den Ruhestand - und bekannte einer erschütterten Landesregierung, er sei am 15. Dezember 1909 als Hans Ernst Schneider geboren worden. Er hatte sich als Faust-Forscher einen Namen gemacht und war als Repräsentant linksliberaler Hochschulpolitik 1970 Rektor in Aachen geworden. Erst nach seiner spektakulären Selbstenttarnung wurde bewußt, was seine Berufung zum Landesbeauftragten für die Förderung der Beziehungen zu Belgien und den Niederlanden bedeutete: Schneider hatte im Range eines Hauptsturmführers deutsche Rassenpolitik in den Niederlanden betrieben. Zuständig war das „Ahnenerbe“, eines der Ämter im Hauptamt „Persönlicher Stab des SS-Führers“, das der SS zu einer Ideolo-

gie auf der Grundlage des nordrassischen Indogermanentum verhelfen sollte. Als geistiger Vater dieses Auftrags und Amtschef hatte sich Dr. Hermann Felix Wirth dem Reichsführer-SS, Himmler, empfohlen, nachdem er ihm die „Ura-Linda-Chronik“, obwohl längst als Fälschung erkannt, als Bibel des Germanentums verkaufen konnte.

Nach dem Studium der Literatur- und Theaterwissenschaft und kurzzeitiger Tätigkeit für die SA, seit 1936 bei der Abteilung „Volkstum und Heimat“ und in dem von Walther Darré geleiteten „Rasse- und Siedlungshauptamt“, war Schneider im Oktober 1938 zum Ahnenerbe gewechselt, wo er in Verantwortung von 1939 bis 1942 die NS-Rassenpolitik in den Niederlanden vertrat, die für den Anschluß reif gemacht werden sollte. Danach wirkte er bis Kriegsende beim „Germanischen Wissenschaftseinsatz“ der SS, um die in den besetzten Gebieten gefundenen wissenschaftlichen Erkenntnisse für das NS-System nutzbar zu machen. Schneider-Schwerte hat, auch wenn nicht an den Morden der Nazis persönlich beteiligt, durch sein Wirken im 3. Reich, das er nach seiner Enttarnung ein „Sich-Tummeln auf der germanischen Spielwiese“ nannte, nachhaltig zur Stabilisierung des NS-Systems beigetragen.

### ■ „Die Wiedergewinnung der Normalität nach 1945“ ■

Wie Schneider-Schwerte für den 25. April 1945 seinen Tod in Berlin in die amtlichen Register brachte, ist nicht bekannt. Unter neuem Namen „Schwerte“ hat er jedenfalls im Winter 1945 in Hamburg sein Studium aufgenommen, nach dessen Ende er nach Promotion (1948) und Habilitation (1958) unbehindert in Erlangen eine verspätete, dennoch allseits anerkannte Karriere als Literaturwissenschaftler starten konnte, die in Aachen kulminierte.

Wie andere Hochschulen, konfrontiert mit ihrer Vergangenheit, hat die RTHW Aachen eine Ringvorlesung veranstaltet, die zwar, wie es der Titel der hierzu vorgelegten Publikation beansprucht, „die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen“ offenlegt, gleichwohl hilfreiche Einblicke in die Rolle der deutschen Wissenschaft bei der Legitimation und Stabilisierung des NS-Systems gibt und vor allem nach 1945 einen zumeist bruchlosen Übergang in die Demokratie schaffte.

Den Auftakt bilden drei Vorträge über den Werdegang Schneider-Schwertes, der leider Fragen offenläßt. Am wichtigsten ist dabei die vor dem Hintergrund der deutschen Literaturwissenschaft vor und nach Kriegsende von Hans Weimar sehr abgewogen diskutierte Frage des Doppel Lebens von Schneider-Schwerte.

Norbert Frei beleuchtet die Frage des Wechsels von Identitäten nach 1945, für deren Zahl er keine amtliche Statistik nachweisen kann. Angesichts der Leichtigkeit, mit denen Biographien nach 1945 ungeachtet von Vorbelastungen eine Fortsetzung fanden, war es auch gar nicht nötig, die Identität zu wechseln.

Das gilt in Sonderheit, wie dem Beitrag von Axel Schildt zu entnehmen ist, für die deutschen Hochschulen, an denen trotz - in der französischen Zone seltener als etwa in der amerikanischen - Entlassungen von Hochschullehrern die Mehrheit davon weiterwirken konnte. Schildt stellt fest, daß an allen Hochschulen in den ersten Tagen nach der Kapitulation Leitungspositionen neu besetzt wurden, wodurch eine Wiederanknüpfung an die Weimarer Zeit, nicht aber eine Auseinandersetzung mit der NS-Zeit erfolgte. Abweichend von ursprünglichen Konzepten der Alliierten, die Hochschulen rücksichtslos zu säubern, ging man zu einem - freilich abgelehnten - Konzept der Re-Education über. Nicht aber von den Naziideen, so registrierte eine britische Delegation, waren die Universitäten bedroht, sondern von den „Fast-Nazis“. Nur die Hamburger Universität, so Helmut König, hat sich um rückhaltlose Aufklärung ihrer Rolle im Dritten Reich bemüht.

Bemerkenswertes trägt Hermann Lübke bei, der leider an seinem Vortrag gehindert wurde, bedauerlicherweise, weil eine Auseinandersetzung durchaus wünschenswert gewesen wäre. Lübkes nachvollziehbarer Einstieg, „nur kraft der (sc. trotz Kapitulation) fortdauernden historischen Einheit einer Nation sind... die Schrecken des nationalsozialistischen Totalitarismus den Deutschen zurechenbar“, will sagen, das gelinge nur, wenn sich die Deutschen nicht durch Absage an ihre Nationalität der Haftung entziehen, gefordert ist - mit Recht - „Selbstannahme“. Widerspruch löst aber aus, wenn Lübke - mit Blick auf die eigene Ausbildung - unterstellt, die Auseinandersetzung sei - vor 1968 (zur Wirkung dieser Zäsur: Heinz Bude) deshalb erfolgreich abgeschlossen worden, weil es über die beiden Totalitarismen - NS und Kommunismus - Lehrveranstaltungen und auflagenstarke Publikationen gegeben hatte. Zu letzteren bleibt

festzuhalten, daß es sich dabei vornehmlich um Darstellungen historischer Abläufe, aber kaum um Analysen handelte, warum das deutsche Volk den Nazis gefolgt war. Das Problem ist daher falsch formuliert, wenn Lübke sich dagegen wendet, Leistungen - er nennt Heidegger und Schmitt - liegen zu lassen, weil deren Erbringer zeitweilig mit dem NS geliebäugelt und es sogar - Schmitts Rechtfertigung des Röhmputsches - verteidigt hätten. Dabei weist er - wie Axel Schildt - auf die stützende Rolle der Opportunisten und Mitläufer hin. Wäre Lübke in seinem Werben für die Rehabilitation und Integration der ehemaligen Nazis konsequent, hätte er mit gleichem Recht, unter Berufung auf Richard Löwenthal, nach 1989 bezüglich der SED-Anhänger fragen müssen, „wohin sie von nun an zu gehen bereit sind“. Damals verfuhr die herrschende Meinung - nach Übernahme der stimmenträchtigen Blockflöten durch CDU und FDP - ganz anders als nach 1945.

In Beiträgen von Susanne Heim und Kurt Nowak wird, unter Hinweis auf Kontinuitäten, der Rolle der Soziologie und der Vererbungslehre für die Stabilisierung des NS-Systems nachgegangen. Dies sind Wissenschaften, die erst sehr spät begonnen haben, ihre Verstrickung aufzuarbeiten. Neben den Beiträgen über die Rolle der Geistes- und technischen Wissenschaften (Winfried Schulze und Walter Kaiser) ist endlich hinzuweisen auf Jan Philipp Reemtsmas Reflexion über den mit Auschwitz offenen Widerspruch zum Stand der deutschen Kultur, „daß es geschehen konnte inmitten aller Tradition der Philosophie, der Kunst und der aufklärenden Wissenschaften“ (Adorno). Hierfür macht er verantwortlich religiösen Antisemitismus (so die These bei Goldhagen), die Volksgemeinschaft und die charismatische NS-Herrschaft. Nach dem Krieg habe das Leben „normal“ weitergehen können, wie es die Vorlesungsreihe am Beispiel der Universitäten dokumentiert, weil man es verstanden habe, die Katastrophe als Ausnahme anzusehen und zugleich in den Alltag einzuordnen. „Die Wiedergewinnung der Normalität nach 1945 hat uns die Notwendigkeit eingetragen, die Nähe des Entsetzlichen nicht nur zu dulden, sondern herzustellen, um sie zu wissen und sie nicht zu bemerken.“

Klaus-Henning Rosen

**H. König/W. Kuhlmann/K. Schwabe. Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die Vergangenheit der deutschen Hochschulen, München 1997, 360 Seiten, 24 Mark.**

**Meldungen****Inland**

■ **Bonn** - Dem Bundeskriminalamt sind im vergangenen Jahr 26 Brandanschläge auf Unterkünfte von Asylbewerbern und Ausländern mit vermutlich fremdenfeindlichem Hintergrund gemeldet worden. Dies teilte die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS mit.

■ **Erlangen** - Der „Arbeitskreis Unsere Sprache“ (ARKUS) hat am 1. Februar seine Tätigkeit aufgenommen. Dies vermeldete das rechtsextreme Blättchen „Frieden 2000“ von Alfred Mechtersheimer. Das Projekt ARKUS wird vom Mechtersheimer-Verein „Unser Land - Wissenschaftliche Stiftung für Deutschland“ getragen. Stellvertretender Vorsitzender ist Hannes Kaschkat, Mitglied der Burschenschaft „Arminia Berlin, Normania Heidelberg“, Autor in rechtsextremen Schriften wie „Junge Freiheit“ oder „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“. Hauptziel von ARKUS soll „sowohl die wissenschaftliche Erforschung der Ursachen für den gegenwärtigen Zustand unserer Sprache als auch die Erarbeitung von Lösungsansätzen“ sein. Koordinator ist der Student Thomas Paulwitz aus Erlangen, Autor in der revanchistischen Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ und in den germanophilen Vierteljahresheften „Die deutsche Schrift“ (Organ des rechtsradikalen „Bundes für deutsche Schrift und Sprache“), per E-mail zu erreichen über den Rechner der Universität Erlangen.

■ **Frankfurt** - Der Ritterkreuzträger und Alt-Nazi Otto Riehs (Frankfurt) attackiert in einem Offenen Brief Bundespräsident Roman Herzog: „Sie nehmen in Anspruch, der Präsident des ganzen deutschen Volkes zu sein, obwohl Sie von diesem nicht gewählt wurden. Als Rechtsgelehrter - wie Sie sich bezeichnen - müßten Sie wissen, daß es in diesem Staat ... weder Recht noch Freiheit gibt, von einer echten Demokratie ganz zu schweigen.“ Hitlers Wehrmacht kürt Riehs im gleichen Schreiben zur „fairsten in der ganzen Welt“.

■ **Hamburg** - Der Hamburger Neonazi Andre Goertz hat auf seiner Homepage eigenhändig einen Steckbrief von sich veröffentlicht. Demnach ist der am 10.2.1970 in Hamburg geborene Goertz ein praktizierender evangelisch-lutherischer Christ. Zu seinem politischen Werdegang gibt er an: 1991 bis 1994 Mitglied der FAP, dort Landesvorsitzender

Hamburg und Bundesschatzmeister, seinerzeit Herausgeber der Zeitung „Standarte“, seit 1994 Mitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (Ausschlußverfahren Dezember 1995, bis heute nicht abgeschlossen wegen Auflösung des Schiedsgerichtes), Veranstalter zahlreicher Demonstrationen und Kundgebungen, Redner auf diversen Veranstaltungen, seit 1993 Nationales Infotelefon, ab 1994 Formulierung eines progressiven Nationalismus, Verfasser diesbezüglicher Artikel (veröffentlicht u.a. in „Einheit+Kampf“, „Progress“ sowie verschiedenen Broschüren). Besonders gern mag Goertz auch deutsche Schlager und Volksmusik.

■ **Herxheim (Rh.Pfalz)** - Bei einer verbotenen Saalveranstaltung der neonazistischen „Karlsruher Kameradschaft“ im südpfälzischen Herxheim am 14. März wurde der Referent des Abends, der einschlägig bekannte Manfred Roeder, vorübergehend festgenommen. In einem Offenen Brief an Bundeskanzler Kohl bezichtigt der Ex-Rechtsterrorist diesen als „Vollstrecker einer antideutschen Maschine“. Roeder an Kohl: „Sie haben in einer deutschen Regierung ebensowenig zu suchen wie alle schwarz-rot-grün-gelben Totengräber unserer Nation.“ Roeder abschließend: „Ich wünsche Sie, Herr Kohl, und alle Bonner Parteien zum Teufel!“

■ **Karlsruhe** - Der neonazistische Computerverbund „Thule-Mailbox-Netz“ steht praktisch vor dem Aus! Derzeit sind nur noch die folgenden Mailboxen erreichbar: „Stoertebecker-BBS“ (Mecklenburg), „Elias-BBS“ in Rhein-Neckar und „Propaganda-BBS“ in Karlsruhe. Des weiteren sind noch aktiv: „Ost-West-White-Board“ in niederländischen Arnheim und „Digital Freedom BBS“ in Toronto (Kandada).

■ **Langen (Hessen)** - Thomas Brehl, zu Lebzeiten Michael Kühnens einer der bekanntesten Neonazis in der Bundesrepublik, betätigt sich neuerdings als Autor. Zur Feder greift Brehl für die antisemitische Hetzschrift „Recht und Wahrheit“, die der 1997 verstorbene Alt-Nazi Otto-Ernst-Remer vor nunmehr 14 Jahren ins Leben gerufen hat.. In seinem Beitrag „Das erzwungene Erinnern“ kommt Brehl, dessen Großonkel, Rudolf Jordan, ab 1931 Gauleiter der NSDAP in Halle-Merseburg, später in Magdeburg-Anhalt und Reichsstatthalter in Dessau war, zu folgender Schlußfolgerung: „Seit Jahren wird das deutsche Volk von Staats wegen gezwungen, sich fast ausschließlich an Greuelthaten, Menschheitsverbrechen, Angriffskriege usw. zu >erinnern<. Dies hat in letzter Konsequenz dazu ge-

führt, aus dem deutschen Volk eine Ansammlung von in ständiger Demut gebeugten, in Sack und Asche gehenden Jammerlappen zu machen, die zu hilflosen Spielbällen internationalistischer Interessen herabgesunken sind.

■ **Leipzig** - Die NPD und ihre Jugendorganisation JN planen in Leipzig - unbeeindruckt vom dem Fehlschlag im vergangenen Jahr - wieder einen 1. Mai-Aufmarsch, zu dem dieses Mal angeblich gar 20 000 Demonstranten mobilisiert werden sollen. Im Mai 1997 waren - nach dem Verbot der Veranstaltung durch das sächsische Oberverwaltungsgericht - gerade mal 300 Rechtsextremisten nach Leipzig gekommen. Ein Teil der braunen Kader wurde nach anderen Orten umdirigiert wie Hannover/Münden in Niedersachsen, wo sich dann rund 250 Neonazis zu einem illegalen Aufmarsch versammelten.

■ **Liesborn (NRW)** - Die rechtsklerikale Partei „Christliche Mitte“ (CM) will an der Bundestagswahl teilnehmen, wenn sie die je Bundesland benötigten 2.000 Unterstützerunterschriften einholt. CM-Bundesvorsitzende ist weiterhin Adelgunde Mertensacker, Generalsekretär ist Bernhard Lukau. Als Organ fungiert der monatlich erscheinende „Kurier“, in dessen März-Ausgabe kräftig gegen die Wehrmachtsausstellung agitiert wird.

■ **Lübeck** - Das NPD-dominierte „Bündnis Rechts für Lübeck“ (vgl. BNR 3 u. 5/98) erzielte bei den Kommunalwahlen am 22. März ein Ergebnis von 3,6 Prozent. Die Rechtsextremisten waren lediglich in Lübeck angetreten.

■ **Lüneburg/Lörrach** - Der rechtsextreme Online-Dienst „Politische Hintergrundinformationen“ PHI hat mit Uwe Pilz (48), Kreisvorsitzender der REPublikaner in Lüneburg ein Interview geführt. Pilz betonte PHI-Angaben zufolge, daß er als Major „der höchste aktive Dienstgrad in der Bundeswehr, der für die REPublikaner eintritt“, sei. Der REPublikaner und Stabsfeldwebel der Reserve, Siegfried Dieck, Kreisrat und Bundestagskandidat im Wahlkreis Lörrach-Mülheim, wurde mit sofortiger Wirkung von allen „dienstlichen Veranstaltungen“ der Bundeswehr ausgeschlossen. Wenn ein Soldat aktiv die REP unterstütze, verstoße er objektiv gegen die politische Treuepflicht nach dem Soldatengesetz, begründete das Verteidigungsbezirkskommando Freiburg seinen Schritt. Dieck hat inzwischen Widerspruch und Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bescheid eingelegt.

■ **Mainz** - In der neuesten Ausgabe der „Nachrichten der HNG“ findet sich wieder eine, dieses Mal 17 Personen umfassende „Schwarze Liste“. Dies ist binnen Jahresfrist die dritte Auflistung säumiger Beitragszahler und stellt eindrucksvoll unter Beweis, wie schlecht es um die häufig beschworene Kameradschaft der rechtsextremistischen Szene bestellt ist. Die 83jährige Florentine Rost von Tonningen berichtet in einem längeren Beitrag über ihr Leben und die aktuellen Schwierigkeiten mit Ernst Zündel. Zündel klagt gegen sie wegen eines Darlehens. „Mein Haus will er mir entziehen, obwohl er jahrelang von unseren Leuten Spenden auf Spenden empfangen hat.“ Nun ruft Rost von Tonningen die bundesdeutschen „Kameraden“ zum Spenden auf. Aus ihrem Haus wollte sie eine „Heilstätte machen für unsere Jüngeren“ und habe für dieses Ziel die „Stichting Documentatie 88“ errichtet. Presserechtlich verantwortlich für die Februarnummer ist der Hausdrucker („Odal-Druck“) der neonazistischen „HNG-Nachrichten“ Eberhard Hefendehl.

■ **Mannheim** - Nach einer Untätigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft Mannheim bei der Generalstaatsanwaltschaft in Karlsruhe hat eine Richter des Landgerichts Mannheim nun doch Berufungsverfahren gegen Günter Deckert (58) terminiert. Vier Berufungsverfahren gegen den bald zweieinhalb Jahre inhaftierten Revisionisten sind seit längerer Zeit noch offen und somit die Urteile der ersten Instanz nicht rechtskräftig. Das älteste Urteil stammt vom Amtsgericht Weinheim und datiert vom März 1995, wo Deckert unter anderem wegen Beleidigung in zwei Fällen zu einer Geldstrafe in Höhe von 7.000 Mark verurteilt worden war. Im Juni (vgl. BNR 14/96) und im Oktober (vgl. BNR 24/96) war der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende vom selben Gericht zu einem Jahr und acht Monaten wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener bzw. vier Monaten Haft wegen Beleidigung und Bedrohung jeweils ohne Bewährung verurteilt worden. Zuletzt belegte im Dezember 1996 das Mannheimer Amtsgericht (vgl. BNR 1/97) Deckert mit einer zweimonatigen Haftstrafe wegen Beleidigung.

■ **Oberboihingen/Leipzig** - Die rechtsextremistische „Gesellschaft für Freie Publizistik“ will ihren diesjährigen Kongreß vom 24. bis 26. April im Großraum Leipzig unter dem Motto: „Mut zur Freiheit 1848-1998: 150 Jahre Kampf und Selbstbestimmung und Einheit“ durchführen. Anmel-

dungen und Informationen über das GfP-Sekretariat, Postfach 1216, 72641 Oberboihingen.

■ **Zweibrücken/Ludwigshafen** - Der Neonazi Ernst Tag muß nun doch wegen Verunglimpfung des Staates und Aufstachelung zum Rassenhaß für elf Monate hinter Gitter. Das pfälzische Oberlandesgericht hat die Revision des 51jährigen Tag gegen ein Urteil des Landgerichts Zweibrücken vom Oktober 1997 als unbegründet verworfen. Bei der Gesamtstrafe war auch ein Urteil des Landgerichts Frankenthal/Pfalz vom April 1996 zugrundegelegt worden. Im Mai 1995 hatte der als Vielgründer neonazistischer Organisationen bekanntgewordene Ernst Tag öffentlichkeitswirksam seinen Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene verkündet.

## Ausland

■ **Frankreich (Aix-en-Provence)** - Gegen Catherine Megret, FN-Bürgermeisterin der französischen Stadt Vitrolles, bestätigte das Berufungsgericht in Aix-en-Provence ein Strafurteil wegen rassistischer Äußerungen. Das Gericht hielt an dem erstinstanzlichen Urteil von drei Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe in Höhe von 50.000 Franc fest. Megret hatte in einem Zeitungsinterview u.a. von „genetischen Rassenunterschieden“ gesprochen. Die Richter werteten dies als Aufstachelung zum Rassenhaß. Dem Antrag der Staatsanwaltschaft, Megret außerdem das Wahlrecht zu entziehen, folgten die Richter jedoch nicht. Die Bürgermeisterin hätte in dem Fall ihr Amt aufgeben müssen.

■ **Österreich (Innsbruck/St. Pölten)** - Bei den Kommunalwahlen in Tirol am 15. März konnten die rechtslastigen „Freiheitlichen“ die Zahl ihrer Mandate in den 277 Gemeinden auf 227 erhöhen, ein Zuwachs von 100 Sitzen. Die Landtagswahlen vom 22. März in Niederösterreich brachten der Haider-Partei einen Stimmenanteil von 16,1 Prozent (+ 4,1 %) und somit neun Sitze im Parlament (+ 2).

■ **Schweiz (Berikon/Chézard-Saint-Martin)** - Das ursprünglich für den 9. Mai terminierte Skinhead-Konzert im Großraum Kassel, Bundesrepublik, wurde kurzfristig auf den 4. April verlegt. Statt der angekündigten Gruppe „Endstufe“, deren Gitarrist sich einem Krankenhausaufenthalt unterzieht, treten neben „Radikahl“, Kahlkopf“ und Höllenhunde“ nunmehr die Skinbands

## Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

„Sturmtruppen“ und „Aufmarsch“ in Aktion. Nähere Auskünfte erteilt ab dem 3.4., 20.00 Uhr, das NIT der Schweizer Hammerskins, Zum größten Skinhead-Treffen, das jemals in der Schweiz stattfand, trafen sich am Samstag, den 7. März fast 800 Glatzen aus Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich und der Schweiz im Gemeindesaal eines kleinen Ortes nahe der französischsprachigen Stadt Neuchâtel. Aufgetreten waren drei einschlägig bekannte Bands: „The Voice“ (USA), „Noie Werte“ (Deutschland) und „Corona Ferrea“ (Italien). Angemietet hatte den Raum der Hammerskin und ehemalige Mitherausgeber des Zines „Mjölñir“ Olivier Kunz unter dem Vorwand einer Verlobungsfeier.

## Impressum

### Verlag:

**Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH**  
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin  
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

### Redaktion:

**Gabriele Nandlinger (verantwortlich)**  
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn  
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31

### Satz und Gestaltung:

**Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH**  
Heidemarie Lehmann

### Herstellung:

**OPS GmbH, Hamburg**

**Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement**  
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

**Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.**

**Nachweis erforderlich!**

**Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto**